Nr. 172 XXVIII. Jahrgang — Sonntag, 11. Juli 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Rabattsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die erste Entscheidung

Am Freitag morgen ist die erste, historisch bedeutsame Entscheidung in Spa gefallen. Die deutschen Konferenzteilnehmer haben die Bedingungen in der Frage der Entwaffnung unterzeichnet, die ihnen die Alliierten auf Grund der stattgehabten Aussprache unterbreitet hatten. Die Gründe, die für diese Entscheidung der deutschen Regierungsvertreter in Spa maßgebend waren, wird man wohl erst später genauer hören, wenn sie von ihrer verantwortungsvollen Stelle zurück sind und dem Reichstag Rechenschaft ablegen. Indessen ist es nicht schwer, sich an Hand des Wortlautes der Ententebedingungen eine Vorstellung von den Erwägungen zu machen, die Reichskanzler Fehrenbach und seine Mitarbeiter vor der Unterzeichnung des Protokolls angestellt haben werden.

Es gab wohl keine andre Wahl. Nachdem man den Friedensvertrag unterzeichnet hat, blieb nichts andres übrig, als auch die Ausführungsdiktate der Entente zu unterschreiben. Auf Versailles mußte Spa folgen. Die ganze Art der Verhandlungsführung geht, daß man uns nicht zu Atem kommen lassen will, damit wir stets uns unsrer Ohnmacht bewußt bleiben. Ja oder nein, sagt Lloyd George, und weiß doch, wofür wir uns entscheiden müssen. – Dabei ist die äußere Form des zuletzt unterzeichneten Protokolls äußerst geschickt. Es ist inhaltlich ein Ultimatum, aber in der Form ein Zugeständnis. Allerdings ist das Zugeständnis an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, die sehr hart sind, aber gerade das soll verdeckt werden durch die Verlängerung der Fristen, die nach dem Friedensvertrag Deutschland bei der Entwaffnung innezuhalten gehabt hätte.

Größte Bedenken erregen zweifellos die kläglichen Zugeständnisse der Entente, die eine Verminderung der Reichswehr innerhalb drei Monaten um ein Viertel ihres Bestandes und die Herabsetzung auf 100 000 Mann bis zum 1. Januar nächsten Jahres enthalten. Das ist eine Wehrlosmachung der Reichsregierung, die in schroffstem Widerspruch mit dem Verlangen gewaltsamer Entwaffnung der Zivilbevölkerung steht. Diese Wehrlosmachung ist auch aus innerpolitischen Gründen außerordentlich gefährlich, weil sie der Regierung die Mittel nimmt, um Unruhen und Putschversuche nachdrücklich zu bekämpfen. Vor allem ist die Wehrlosmachung aber aus außenpolitischen Gründen nahezu unerträglich. In dem Augenblick, da die polnische Front zusammengebrochen ist und das Erscheinen bolschewistischer russischer Heere an der deutschen Ostgrenze unmittelbar bevorsteht, wäre eine Vermehrung der deutschen Heeresstärke auch im Interesse der Alliierten notwendig gewesen. Die Verantwortung für alles, was aus der Herabsetzung der deutschen Heeresstärke folgen kann, ist allein der Entente aufzubürden.

Ganz unerträglich ist aber die Strafandrohung am Schluß des vorgelegten Protokolls. Darin wird für den Fall der nicht loyalen Ausführung der Bedingungen den Alliierten das Recht zur Besetzung eines neuen Teils des deutschen Gebietes zuerkannt. Da im Friedensvertrage militärische Maßnahmen nur für den einzigen Fall vorgesehen waren, daß Deutschland den Wünschen der Wiedergutmachungskommission nicht entspreche, so bedeutet diese Strafandrohung von Spa in der Tat eine Verschärfung des Friedensvertrages. Alle die schweren Bedenken, die damals vor der Unterzeichnung des Versailler Gewaltfriedens auftauchten, wiederholen sich jetzt in Spa. Der deutsche Außenminister Simons hat dem auch Ausdruck gegeben und den einstimmigen Beschluß der deutschen Delegation verkündet, daß sie zwar die Bedingungen, nicht aber die Strafandrohung unterzeichnen wolle. Darauf hat Lloyd George dieser Strafandrohung eine Auslegung gegeben, die sie weniger gefährlich für Deutschland erscheinen läßt. Aber es bleibt trotzdem bei der Tatsache, daß die erste Entscheidung von Spa nicht die freigewachsene Frucht der vorausgegangenen Aussprache darstellt, sondern von der Entente Deutschland aufgezwungen worden ist.

Die deutsche Delegation von Spa hatte vorher den Reichspräsidenten, die in Berlin zurückgebliebenen Minister und die Parteiführer gebeten, gleichfalls Stellung zu der Zumutung der Entente zu nehmen. Aber in Berlin hat man es abgelehnt, in die verantwortungsvollen Befugnisse des Reichskanzlers und seiner Berater in Spa einzugreifen. Sie allein können alle Folgen ihrer Entscheidungen übersehen und sie allein müssen deshalb auch die Verantwortung für sie tragen. Weitere schwerwiegende Beschlüsse werden in den nächsten Tagen noch zu fassen sein. Vielleicht werden die Vertreter Deutschlands noch schärfer als das letztemal vor die Frage gestellt, ob sie Verpflichtungen eingehen oder lieber die Verhandlungen abbrechen sollen. Sie sind frei in ihren Entschließungen. Erst wenn das letzte Wort in Spa gesprochen ist und sie nach Deutschland zurückkehren, wird die Volksvertretung berufen sein, ihr Vertrauen oder ihr Mißtrauen zu den Entschließungen von Spa auszusprechen.

•

Zum Verhalten der Engländer in Spa

o. Spa, 8. Juli. (Eig. Bericht.) Der Vertreter des Lord Northcliffe in Spa, Wicknam Stead, äußerte sich dahin, daß es besser wäre, die Spa-Konferenz zum Scheitern zu bringen, als die Deutschen mit „Geschenken" und „Gnadenbeweisen" heimgehen zu lassen. Dieser Standpunkt werde zwar nicht von allen Alliierten geteilt, müsse aber im Verlaufe der Konferenz zum Durchbruch gelangen, weil das Verhältnis zwischen Frankreich und England den Drehpunkt der Konferenz bilde. Jedes Zugeständnis Englands an Deutschland würde zu den weitgehendsten Folgen führen. Man müsse bedenken, daß England mehr denn jemals auf ein freundschaftliches Frankreich angewiesen sei.

Auch Zwang in den Wirtschaftsfragen

⊙ Genf, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Die französische Delegation hielt Freitag unter Vorsitz Millerands eine Gesamtsitzung ab. In dieser Besprechung herrschte Einmütigkeit, daß der Weg eines Zwanges nicht zu vermeiden sei, um Deutschland wirtschaftlich zum Nachgeben zu zwingen.

•

Zum Einmarsch bereitgestellt

⊙ Basel, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Ueber den Ernst der Lage, falls Deutschland nicht die Bedingungen der Alliierten in der Entwaffnungsfrage angenommen hätte, geben Meldungen schweizerischer Blätter Aufschluß. Danach sind das 8., 4. und 6. Kolonialregiment seit Anfang der Woche im Elsaß zusammengezogen, um für den Vormarsch in deutsches Gebiet zur Verfügung zu stehen. Das Besançoner Regiment liegt seit Montag in Metz zur Verfügung des Höchstkommandierenden Marschall Foch.

•

Generalvollmacht für die Vertreter in Spa

B. Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der in Spa befindlichen deutschen Delegation ist die Vollmacht des Gesamtministeriums erteilt worden, nach eigenem Ermessen die Bedingungen der Entente anzunehmen oder abzulehnen. In Berlin befürchtet man, daß dem Ultimatum ein weiteres Ultimatum der Alliierten bei den wirtschaftlichen Besprechungen folgen wird.

•

Verhandlungen über Strafbestimmungen und Kohlenfrage

Von unserm Sonderberichterstatter

Spa, 9. Juli

Am Abend des 8. d. M. fanden noch mehrfache Besprechungen der Minister und Sachverständigen über die Forderungen der Entente statt. Unaufhörlich spielten Telegraph und Telephon, um die Verbindung mit den in Berlin weilenden Mitgliedern der Regierung aufzunehmen und den Reichspräsidenten, die Führer der politischen Parteien und den Reichsrat von den ernsten Ereignissen zu benachrichtigen. Ein banger Druck lastete auf uns allen. Was würde werden? Werden wir alle die Strafbestimmungen, welche die Besetzung des Ruhrgebietes in Aussicht stellen, unterschreiben? Handelte es sich doch um eine ganz neue Forderung der Entente, da der Friedensvertrag von Besetzungen im Falle nichterfüllter Bedingungen nichts weiß. Es war klar, daß die nächsten Stunden die Entscheidung bringen mußten, daß Beschlüsse von ungeheurer Tragweite bevorstanden. Man wußte, daß starke Truppenmassen, französische und belgische, an den Grenzen bereit standen, und nach den Geschehnissen der letzten Tage konnte kein Zweifel sein, daß die Entente sofort einmarschieren würde. Läuft doch morgen, wenn es zu keiner Verständigung über die Frist, die für die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann gestellt ist, ab! Muß doch bis zum 10. Juli die völlige militärische Räumung des Ruhrgebietes durchgeführt sein.

Die in Berlin weilenden fünf Mitglieder des Kabinetts – stehen sind bereits in Spa anwesend – teilten mit, daß sie den übrigen Mitgliedern völlig freie Hand ließen, da diese hier in Spa einen besseren Einblick in die Erfordernisse des Augenblickes hätten.

Der Vormittag des 9. Juli brachte immer wieder neue Beratungen in der Villa des Scorbiers, und kurz vor 3/4 11 Uhr, dem Beginn der Sitzung, verließen die Minister die Villa, um sich nach dem Schloß de la Freineuse zu begeben. Es wurde alsbald bekannt, daß bei den schweren Folgen, die bei Nichtannahme der Forderungen der Alliierten eintreten würden, die Regierung einstimmig ihre Annahme beschlossen habe, daß jedoch ebenso einstimmig die Auffassung vertreten wurde, daß es sich bei den vorgesehenen Strafbestimmungen klar und deutlich um eine

Abänderung des Versailler Vertrages

handle, zu deren Unterzeichnung die Regierung vorher die Zustimmung des Reichstages und des Reichsrates hätte einholen müssen. Es besteht jedoch erhöhte Hoffnung, daß ihre Bedenken seitens der Entente nicht unberücksichtigt bleiben werden.

12 Uhr mittags. Die militärischen Sachverständigen, an ihrer Spitze General v. Seeckt, sind wieder zurück. Im Schloß de la Freineuse bespricht man bereits die Frage der Bestrafungen.

In Ententekreisen spricht man davon, daß die militärischen Sachverständigen folgende Vorschläge für die Herabsetzung der Reichswehr dem Obersten Rate vorgelegt haben:

Herabsetzung auf 150 000 Mann bis zum 1. August 1920,
Herabsetzung auf 100 000 Mann bis zum 1. September 1920

Bei den Besprechungen des Obersten Rates machte Millerand starke Bedenken gegen die vorgeschlagene Lösung geltend und bestand auf einer längeren Frist. Man einigte sich schließlich auf die bereits bekannten Vorschläge. – In den Vorschlägen der Sachverständigen war die Besetzung weiteren deutschen Gebietes bei der Nichterfüllung der Bedingungen vorgesehen, jedoch das Ruhrgebiet nicht namentlich genannt. Die Ruhrgebietsklausel ist auf Anregung von Lloyd George in die endgültigen Bedingungen aufgenommen worden.

Nach Erledigung der Militärfrage erschien ein glatter Verlauf der Konferenz gesichert. Es war eine Entspannung eingetreten. Den Rest der Vormittagssitzung benutzte Dr. Heinze, um den

Stand des Verfahrens gegen die Kriegsverbrecher darzulegen. Gegen alle 45 in der letzten Ententenote angeführten Personen habe das Verfahren eingesetzt.

„Sie sind also verhaftet?" unterbrach Lloyd George, worauf Dr. Heinze sagte: „Eine Verhaftung war bisher nach den deutschen Gesetzen unmöglich, da die vorliegenden Beweise dazu nicht ausreichend waren."

„Kennt man ihren Wohnsitz?" fragte Lloyd George. „Von den meisten Personen ist er bekannt", antwortete Dr. Heinze.

Sichtlichen Eindruck machte die Erklärung des Ministers Dr. Simons, daß die Gerechtigkeit gegen die Verbrecher der internationalen Moralgesetze in voller Strenge walten soll. Lloyd George erklärte, er habe durchaus das Zutrauen zu dem höchsten Gericht Deutschlands, daß seine Richter gerecht urteilen würden. Die Frage wurde schließlich zu Ende beraten durch eine Sonderkommission, bestehend aus den Justizministern. Die Beratungen dieser Kommission führten zum Abschluß eines Uebereinkommens, durch das dem deutschen Reichsgericht der direkte Verkehr mit den Justizbehörden der Alliierten ohne Benutzung des diplomatischen Weges zur Beschleunigung der Verfahren gegen die „Kriegsverbrecher" ermöglicht wird. Das Abkommen wurde in der späteren Vollsitzung genehmigt und unterschrieben.

In der Nachmittagssitzung setzte Staatssekretär Bergmann

die schwierige Kohlenlage Deutschlands

auseinander. Seit April liefere Deutschland täglich rund 40 000 Tonnen trotz Behinderung durch Streik und innere Unruhen. Deutschland hoffe auf ein vernünftiges Abkommen, dessen Voraussetzung allerdings das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland sei. Millerand warf Deutschland besonders die Kohlenlieferungen nach der Schweiz und Holland vor, während die Alliierten nicht einmal die versprochenen Mengen erhielten. Die Alliierten hätten daher ihre Maßnahmen getroffen. Diese bestehen in folgenden Beschlüssen der Alliierten:

1. den Kohlenanforderungen Frankreichs wird die Priorität aus allen deutschen Förderungen gesichert;

2. eine alliierte Kohlenkontrollkommission mit dem Sitz in Berlin wird eingerichtet, um die gesamte Verteilung der in Deutschland geförderten Kohlen zu überwachen und zu beaufsichtigen;

3. Deutschland wird zur Vorlage eines genauen Kohlenlieferungsplanes für seine gesamte Kohlenwirtschaft zur Genehmigung durch diese Kontrollkommission genötigt;

4. werden im Falle der Nichterfüllung dieser Bedingungen auf Verlangen der Reparationskommission bestimmte Strafmaßnahmen in Aussicht genommen.

Minister Dr. Simons verlangte hierauf eine Frist für die Beratung mit den Sachverständigen, worauf die Sitzung auf Sonnabend 11 Uhr vormittags vertagt wurde. Die deutschen Minister traten abends zu einer Sitzung zusammen. Später fanden Beratungen mit den Sachverständigen statt, die erst um Mitternacht beendet waren.

•

Bündnisverhandlungen mit Amerika

o. Spa, 9. Juli. (Eig. Bericht.) Nach hier kursierenden Mitteilungen findet noch heute oder morgen eine Besprechung Lloyd Georges und Millerands mit dem amerikanischen Botschafter in Paris, Hugo Campbell Wallace, statt. In dieser als sehr wichtig bezeichneten Konferenz wird die Frage des Zustandekommens des Bündnisvertrages zwischen England, Amerika und Frankreich neuerdings untersucht werden. Es handelt sich um den bekannten Annexvertrag, der Frankreich im Falle eines deutschen Angriffes die militärische Hilfe Englands und Amerikas sichern soll. Hugo Wallace soll beauftragt sein, die Besprechungen in dem Sinne zu führen, daß Amerika die Bürgschaft auf sich nehmen würde, falls das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich den Charakter der Stabilität und des friedfertigen Zusammenwirkens im Interesse der Ruhe in Europa erhalten würde. Diese Bedingung stellt Amerika auch für seine Teilnahme an der Brüsseler Finanzkonferenz.

•

Frankreich gegen weitere Zusammenkünfte

Kg. Rotterdam, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Reuter meldet am Freitag früh aus Spa: Frankreich hat gegen die Absicht der Konferenz in Spa, weitere Zusammenkünfte mit den Deutschen folgen zu lassen, Einwendungen erhoben. Frankreich verlangt die vorherige gemeinsame Stellungnahme der Alliierten nach Abschluß der jetzigen Konferenz.

•

Die Entwaffnung der Sicherheitspolizei

* Berlin, 10. Juli. Nach der „Germania" hat die Delegation in Spa nach Berlin berichtet, daß unter der Entwaffnung der Sicherheitspolizei keineswegs die völlige Entwaffnung oder gar die Auflösung zu verstehen ist, sondern nur die Entziehung schwerer Waffen und die Entmilitarisierung. Sonach würde also die Sicherheitswehr als reine Polizeitruppe auch weiterhin fortbestehen können.

•

Was nützt uns der Nachweis?

L. London, 9. Juli. (Eig. Bericht.) Der Herausgeber der „Contemporary Review", Dawson, der den Versailler Vertrag bereits im Vorjahre scharf kritisierte, schreibt in einem Artikel „Deutschland in Spa" folgendes: „Wenn dieses Land echte Staatsmänner besitzt, so wird es sachlich nachweisen können, daß dieser Vertrag undurchführbar, also einer völligen Revision bedürftig ist."

•

Stinnes in der französischen Presse

o. Spa, 9. Juli. (Eig. Bericht.) Während Tardieu in der „Illustration" die Alliierten vor Hugo Stinnes warnt und auseinandersetzt, daß Stinnes eine „Geschäftsrepublik" in Deutschland zu begründen suche, die auf industrielle Vorherrschaft gerichtet sei, sind „Matin", „Journal", „Figaro" von den Vorschlägen, die Stinnes in Brüssel dem französischen Premier Millerand unterbreitet haben soll (?), sehr eingenommen, ohne jedoch ein Wort über den Inhalt dieser Vorschläge mitzuteilen. „Matin" rechnet mit einem Hervortreten Stinnes in Spa und knüpft daran die besten Hoffnungen.

•

Wie sie alles auslügen!

L. London, 8. Juli. (Eig. Bericht.) Hiesige Blätter teilen mit, daß an der anatolischen Küste von einem britischen Kriegsschiffe ein Lagerfeld mit 80 deutschen Flugzeugen entdeckt wurde. Diese Flugzeuge hätten die Deutschen den türkischen Nationalisten überlassen. Man werde genötigt sein, dem Fall in Spa nachzugehen.

Die Kohlenfrage

Die Krise, die sich in Sachen der Entwaffnung ergab, ist beseitigt. Der Reichskanzler hat im Namen der deutschen Regierung unterzeichnet, weil einstweilen für uns alles darauf ankommt, jeden Fußbreit unbesetzten Landes zu verteidigen. Immer deutlicher aber zeigt sich, daß Frankreich unter allen Umständen das Ruhrgebiet besetzen will. Auch das Kohlendiktat ist ein Beweis dafür. Wir haben gemäß des Versailler Vertrages für die Dauer von zehn Jahren an Frankreich mindestens 27 Millionen, an Belgien acht und an Italien zunächst sechs Millionen Tonnen Kohlen zu liefern. Das sind zusammen 41 Millionen Tonnen oder rund drei Millionen Tonnen monatlich.

Nun beträgt die Gesamtsteinkohlenförderung monatlich nicht mehr als acht oder neun Millionen Tonnen. Freie Verfügung haben wir eigentlich nur noch über das Ruhrgebiet. Oberschlesien wird selbstherrlich von den Verbündeten verwaltet, die auch die Verteilung der Kohlenmengen bestimmen. Nun liefert zur Zeit das Ruhrkohlengebiet, das vor dem Kriege etwa rund 100 Millionen Tonnen Steinkohlenförderung im Jahre aufwies, nur noch 80 bis 90 Millionen Tonnen, was einen Rückgang von 10 bis 20 Millionen Tonnen ausmacht, eine Fehlsumme, die jetzt beträchtlich ins Gewicht fällt. Werden nun von den 80 Millionen vorher noch 40 Millionen Tonnen vorweg für den Verband beschlagnahmt, so können wir auch die kümmerlichen Reste unsres Wirtschaftslebens nicht mehr aufrechterhalten, es sei denn, daß Oberschlesien beim Reiche bleibt, da die Steinkohlenerzeugung dieses Gebietes etwa 46 Millionen Tonnen beträgt. Mit Braunkohlen, die wir ja in erheblichen Mengen fördern, wird sich der Vielverband nicht abspeisen lassen. Er verlangt beste deutsche Steinkohle, wie sie in gleicher Güte weder von belgischen noch von französischen Gruben gefördert werden.

Wie ungerecht an sich die Kohlenauflage des Versailler Vertrages ist, geht u. a. daraus hervor, daß Italien zunächst sechs und später acht Millionen Tonnen zugesichert sind, obschon Italien vor dem Kriege nicht mehr als 700- bis 800 000 Tonnen Steinkohle aus Deutschland bezog. Allein wir haben nun einmal den Versailler Vertrag unterschrieben, wir liegen an dieser Seite. Mögen wir noch soviel pochen, noch so sehr die Unerträglichkeit seiner finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen nachweisen, das ändert nichts. Die Kohlenfrage ist für uns ebenso ernst wie die Entwaffnungsfrage. Gelingt es nicht, Oberschlesien dem Reiche zu erhalten, so werden wir uns wohl auf Strafmaßnahmen gefaßt machen müssen. Welcher Art diese Maßnahmen sind, läßt sich auf Grund der bisherigen Drohungen einigermaßen abschätzen. Ueberdies ist ja die Nichterfüllung der wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages mit dem Einmarsch in die unbesetzte Zone bedroht.

Um es deutlich zu sagen, wir können aus den Erträgnissen des Ruhrgebiets nicht gleichzeitig die deutsche Wirtschaft und den Verband mit Steinkohlen speisen. Der eine oder andre Teil muß dabei zu kurz kommen. Frankreich denkt nicht daran, nachzugeben, da es sich ausdrücklich den Vorrang sichern läßt. Wenn infolgedessen die deutsche Wirtschaft leidet, so sind schwere Arbeits- und Hungerkrisen unvermeidlich. Wir müßten den Verkehr von Zeit zu Zeit stillegen, ebenso große Teile der deutschen Industrie.

Unsre Vertreter in Spa sind mit einer schweren Aufgabe und Verantwortung belastet. Sie haben in der Entwaffnungsfrage nachgeben müssen, um in den wirtschaftlichen Fragen zu retten, was zu retten ist. Der Gedankengang, der hierzu führte, liegt offen zutage. Wir können uns mit einem gewissen Maß militärischen Schutzes begnügen, wenn die Massen Brot und Arbeit haben. Nun stehen Schicksal und Zukunft des deutschen Volkes in ihrer ganzen Größe vor uns. Mit Redensarten kommen wir nicht über die Krise hinweg, wir müssen weiterverhandeln. Es steht mehr auf dem Spiele als nur ein zeitliches Unbehagen.

•

Der „Temps" noch nicht zufrieden

ITA. Paris, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps" schlägt in seinem Leitartikel wieder scharfe Töne an. Er ist offenbar mit dem in Spa getroffenen Abkommen über die Entwaffnung nicht zufrieden. Er kann nicht abwarten, bis das Ruhrgebiet besetzt wird, und er meint, ob denn die Zwangsmaßnahmen erst nach neuen Verhandlungen, sei es zwischen den Verbündeten oder sei es mit den Deutschen, erfolgen sollen. Dann hätte man nur einen Schritt weiter auf dem Wege getan, auf dem es nicht vorwärtsgehe. Für ihn haben die Zwangsmaßnahmen zur Bedeutung, wenn sie baldigst erfolgen und wenn sie so genau eingestellt sind, daß sie automatisch angewandt werden können. Die Vorgänge an der polnischen Grenze flößen ihm Angst ein. Er meint, der Vormarsch der roten Armee und die Schwächung Polens müßten Eindruck auf Deutschland machen; er fragt deshalb, ob bestimmt worden sei, Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und den Abschnitt Frankfurt a. O. so rasch wie möglich zu entwaffnen und aufs genaueste zu überwachen. Auch kann er nicht begreifen, daß man in Marienwerder und in Allenstein morgen abstimmen lassen will unter dem demoralisierenden Eindruck, den der Rückzug der polnischen Armee hervorrufe.

•

Die Wirkung in Berlin

+ Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die letzten Meldungen aus Spa erzeugen für Berlin die Gewißheit, daß wie in der Entwaffnungsfrage auch in der Kohlenfrage die deutsche Delegation einem diktatorischen Machtspruch unterworfen wurde. Die Hoffnungen auf eine Verständigung wenigstens über die wirtschaftlichen Fragen nach vorheriger Verhandlung unter gleichzeitiger und gleichberechtigter Teilnahme Deutschlands sind zerstört. Der Erfolg ist Schadenfreude bei den Unabhängigen und bei den Rechtsparteien, tiefe Niedergeschlagenheit bei den Verteidigern der deutschen demokratischen Republik, die, vertrauend auf Aeußerungen alliierter Staatsmänner, in Spa eine Stärkung ihrer Bemühungen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erwarteten. Schlimmer als die Androhung von Strafen bei Nichterfüllung des Entwaffnungsabkommens wirkt das jetzt enthüllte System der Behandlung Deutschlands nach dem Muster eines Klassenstaates, dem die Sieger nach Gutdünken jeden